

Danziger Zeitung.

Nr. 18375.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Reiterhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gepalteene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfz. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1890.



Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 5. Juli. (W. L.) Die hier anwesenden Amerikaner feierten gestern Abend ihr Unabhängigkeitstagsfest in dem festlich geschmückten Kaiserhöfssaale durch ein Banket mit über 500 Gedekken. Weber-Newark tostete auf den Friedenskaisera, der den Heldenathen des Krieges die Friedenspalme aufsetzte. Der amerikanische Gesandte Phelps gedachte in schwungvoller Rede deutscher Güte und Tugend. Der Oberbürgermeister v. Forchenbeck gedachte der Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika. Diesch dankte auf das Wohl der Amerikaner. Ferner sprachen Eugen Wolff und Wihert. An den Kaiser in Christiania und den Präsidenten in Washington wurden Telegramme abgesandt. Fürst Bismarck dankte telegraphisch für eine an ihn ergangene Einladung und lud die Independenten zu einem Besuch in Friedrichsruh ein. Das Fest ist glänzend verlaufen.

Paris, 5. Juli. (W. L.) Auf der Rède von Brest gefestigt ein Zusammenstoß der vom Manöver zurückkehrenden Torpedoboote 66 und 72 statt. Die dadurch entstandenen Beschädigungen sind jedoch nur leichte. Das Torpedoboot 66 war schon vorher beschädigt.

Valencia, 5. Juli. (W. L.) Den letzten Nachrichten zufolge sind insgesamt an zehn Ortschaften des Gebietes Valencia 21 Cholerafälle vorgekommen, von denen 13 tödlich verließen.

Belgrad, 5. Juli. (Privattelegramm.) In Niš ist der bulgarische Offizier Dimov wegen Spionage verhaftet worden.

Petersburg, 5. Juli. (Privattelegramm.) Die hiesigen Blätter besprechen den bevorstehenden Besuch des deutschen Kaisers in Peterhof und messen dieser Reise eine große politische Bedeutung bei. Die „Novoje Wremja“ glaubt, die europäische Politik werde hauptsächlich von diesem Besuch abhängen. Die „Novost“ schreiben, Kaiser Wilhelm komme nach Russland, um sich demselben zu nähern. Andere Blätter meinen, ein Kongress sei das einzige Mittel, um dem Ariege vorzubeugen.

Der Kaiser in Norwegen.

Des Kaisers Aufenthalt in Christiania wird von dem Monarchen gewissenhaft benutzt, um sich über alles und jedes zu informieren. Der König Oscar und die Bevölkerung der norwegischen Hauptstadt überbieten sich in Zuwendung für den erhabenen Gast. Mit Stolz empfindet man die augensichtliche Auszeichnung, welche dem nordischen Lande durch den wiederholten Besuch des deutschen Kaisers erwiesen wird und welche das Augenmerk der ganzen Welt auf Norwegen lenkt. „Die Tage sind vorüber, kann man manchen Norweger sagen hören, wo nur ein Zufall ausländische Besucher hierher trieb und in langen Jahrhunderen nur ein einziger regierender fremder Fürst, nämlich König Jakob VI. von Schottland (dessen Schwester an König Christian IV. verheirathet wurde), 1589 seinen Fuß auf norwegischen Boden setzte.“ Wenn hierin eine so große Veränderung eingetreten ist, so hat man zu einem wesentlichen Theile dem deutschen Kaiser dafür zu danken. Kaiser Wilhelm liebt die See und das Leben auf dem freien Meere. Für ein Volk, das in so großer Ausdehnung, wie das norwegische, selbst auf der See sich bewegt, trägt dieses viel bei, um die Theilnahme zu vermehren, womit es den Kaiser in Norwegen als Guest des Königs der vereinten Reiche in dessen norwegischer Hauptstadt willkommen heißt.

Gestern, Freitag, begaben sich, wie aus Christiania telegraphiert wird, der Kaiser Wilhelm und der König Oscar mittels Sonderzuges nach Sandviken, woselbst eine prächtige Ehrenpforte mit Jagd- und Fischereisymbolen errichtet war. Ein Musikcorps spielte die preußische Nationalhymne. Von da begaben sich die Majestäten zu Wagen nach Ringerike, von da per Dampfer bis Gjærdalen, wo der Sonderzug die Monarchen erwartete und nach Hønefoss führte. Um 3½ Uhr erfolgte die Ankunft in Hønefoss, wo auf dem Bahnhof die Spitzen der Behörden zum Empfang anwanden waren. Weiß gekleidete Mädchen streuten Blumen und die zahllos herbeigeströmte Bevölkerung begrüßte die Majestäten mit stürmischem Jubel. Die Stadt ist prachtvoll geschmückt. Um 4½ Uhr wurde daselbst das Diner eingenommen und um 6 Uhr erfolgte die Rückreise nach Christiania. Es ist ein seines Landes eingetreten.

Politische Uebersicht.

Danzig, 5. Juli.

Deutschland und die Anerkennung des Fürsten von Bulgarien.

Der Eindruck, welchen die bulgarische Note in maßgebenden Berliner Kreisen gemacht hat, ist nach dem Berliner „Standard“-Berichterstatter, dem gewöhnlich die besten Informationen zur Seite stehen, folgender: „Deutschland betrachtet sich in der Frage der Anerkennung des Fürsten Ferdinand und der Unabhängigkeit Bulgariens nur in zweiter Linie interessirt. Deutschlands Verbündeter, Österreich-Ungarn, zeigt jedoch große Sympathie mit dem Fürsten und der Unab-

hängigkeit Bulgariens. Zugleich verurtheilt Österreich scharf die in den anderen Balkanländern, besonders in Serbien, betriebene panislavistische Agitation, wodurch die alten Differenzen mit Russland noch intensiver geworden sind. Außerdem schien Österreich kürzlich geneigt, den Fürsten Ferdinand anzuerkennen, stand aber auf Wunsch der deutschen Regierung davon ab, da die letztere einen offenen Bruch zwischen England und Italien befürchtete. Österreich befindet sich aber in völliger Harmonie mit England und Italien in der Frage. Sollte eine amtliche Anerkennung des Fürsten seitens Österreichs, Englands und Italiens stattfinden, die Türkei eingeschlossen oder nicht, so würde Deutschland die vollendete Thatsache hinnehmen, aber es wird nichts thun, um dieselbe herbeizuführen, noch zu verhindern. Sollte jedoch dieser Schritt Österreich in Verwickelungen auf der Balkan-Halbinsel selbst bringen, so würde es in Gemäßheit des deutsch-österreichischen Vertrages nicht Deutschlands Sache sein, Österreich herauszu ziehen. Österreich würde sich selbst aus der schwierigen Lage herauszu ziehen haben. Nur im Falle eines directen Angriffs Russlands auf Österreich würde Deutschland in Gemäßheit mit dem casus foederis Österreich-Ungarn zu stützen haben, und diese Pflicht würde es zweifelsohne erfüllen.

Was die unmittelbare Zukunft jedoch betrifft, so beabsichtigt Österreich, dessen militärische Vorbereitungen unvollständig sind, alles zu vermeiden, was zu einem offenen Conflict mit Russland führen könnte.“

Bundesratsbeschlüsse.

In der am Donnerstag unter dem Vorsitz des königlich bayrischen Bevollmächtigten, Gesandten Grafen v. Lerchenfeld und Rössing abgehaltenen Plenarsitzung ertheilte der Bundesrat dem Entwurf eines Gesetzes betreffend die Gewerberichter, den Gesetzmürsen wegen Feindstellung eines zweiten und eines dritten Nachtrages zum Reichshaushalt-Stat für 1890/91 nebst Anleihe-Gesetzmürs und dem Entwurf eines Gesetzes betreffend die Conularichterbarkeit in Samos mit den vom Reichstage zu diesen Gesetzentwürfen beschlossenen Abänderungen die Zustimmung. Ferner wurden genehmigt: der Entwurf zur Abänderung der Bestimmungen über die statistische Aufnahme der Dampfkessel und Dampfmaschinen vom 14. Dezember 1876 mit dem zu demselben gestellten Antrage der Ausschüsse für das Gewerbe und für Handel und Verkehr, der Antrag des Ausschusses für Handel und Verkehr betreffend die Herbeiführung gemeinsamer Grundsätze für die Genehmigung und Revision der Dampfkessel, die Anträge der Ausschüsse für Zoll- und Steuerwesen und für Handel und Verkehr betreffend die Schwundvergütung für Braunkohle-Reinigungsanstalten und betreffend die Lagerfrist für Weinheilungslager und der Entwurf einer Verordnung wegen Ausdehnung von Zollermäßigung in den Tarifen zu dem deutsch-italienischen und dem deutsch-spanischen Handels- und Schiffahrtsvertrage aus Marokko. Die obersten Landesfinanzbehörden wurden ermächtigt, die Anmeldung der mit dem Anspruch auf Vergütung der Zuckersteuer auszuführenden oder niedergelegenden Zuckerfabriken unter gewissen Voraussetzungen auch bei einer zur unbefrängten Absertigung von Zucker nicht beugten Amtsstelle zu gestatten. Das vom Reichstage angenommene Gesetz betreffend die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres wird zur allerhöchsten Genehmigung vorgelegt werden.

Als Curiosum aus der jüngsten parlamentarischen Zeit

bezeichnet die „Kön. Ztg.“, daß die freisinnige Partei in der Commission für das Nationaldenkmal durch vier Mitglieder vertreten gewesen sei. Da die Sozialdemokraten auf ihre Vertretung in der Commission keinen Werth legten, überließen sie die beiden ihnen zustehenden Sitze den Freisinnigen, ein im Parlament durchaus nicht selten geübter Brauch, da bei dem Verzicht einer Fraktion auf Commissionsvertretung doch die Normenzahl der Commissionsmitglieder innerhalb werden muss. Dass drei der freisinnigen Mitglieder, Dr. Meier (Berlin), Goldschmidt, Dr. Horwitz, für den Antrag v. Unruhe-Bomst stimmten, ist auch kein Curiosum, da dieser Antrag, welcher dem Kaiser die weiteren vorbereitenden Bestimmungen überlässt, gestellt wurde, nachdem der Abgeordnete Meier erklärt hatte, für einen solchen Antrag stimmen zu können. Die drei Freisinnigen stimmten also für einen Antrag, den sie selbst im Gegensatz zu dem Antrag des Reichskanzlers angeregt hatten. Auch der Abg. Richter erklärte, man könnte diesen Ausweg in der Sache beschreiten und dem Kaiser Alles überlassen; dann müßte aber auch in dem Antrage schon eine bestimmte Pauschalsumme genannt werden. Weil das nicht geschehen ist, stimmte Abg. Richter gegen den Antrag, während die übrigen Mitglieder sich mit der Erklärung des Ministers v. Bötticher begnügten, finanziell würde sich der Reichstag nicht engagiren, wenn er den Antrag annahme. Wo steht nun das Curiosum? Oder meint die „Kön. Ztg.“, die Abg. Goldschmidt und Horwitz hätten im Sinne der Sozialdemokraten stimmen müssen?

Die „Frei. Ztg.“ bemerkt zu der Anpassung der „Kön. Ztg.“ u. a.:

Die „Kön. Ztg.“ glaubt sich darüber aufzuhalten zu müssen, daß in dieser Commission die übrigen drei Mitglieder der freisinnigen Partei im Gegenzatz zu Herrn Richter befähigt gestimmt hätten. Wenn umgekehrt in dieser Angelegenheit, welche keinerlei grundsätzliche politische Bedeutung hat, alle Mitglieder

der freisinnigen Partei übereinstimmend gestimmt hätten, so würde die „Kön. Ztg.“ nicht untersagen, wieder einmal über „die unerträgliche Dictatur des Generalgouvernements Herr Richter“ zu zetern. In die betreffende Commission maren diejenigen Mitglieder der freisinnigen Partei eingetreten, welche sich für die Angelegenheit besonders interessirten. Irgend eine Delegation der Partei für diese Commission hatte schon wegen Kürze der Zeit nicht stattgefunden.

Die Bestimmungen über die diesjährige Volkszählung.

Die vom Bundesrat bezüglich der Volkszählung von 1890 genehmigten Bestimmungen besagen dem Vernehmen nach Folgendes: Die periodischen Volkszählungen im deutschen Reiche sollen nach dem Stande vom 1. Dezember des Zählungsjahrs derart vorgenommen werden, daß die ortsanwesende Bevölkerung, welche aus der Gesamthzahl der in der Nacht vom 30. November auf den 1. Dezember innerhalb der Grenzen der einzelnen Staaten ständig oder vorübergehend anwesenden Personen ermittelt wird, und die zur Zeit der Zählung vorübergehend abwesenden Personen aufgenommen werden. Soweit thunlich, soll die Zählung mittels besonderer Zählungskommissionen und heranziehung freiwilliger Zähler in Zählkarten oder Zählungslisten in abgegrenzten Bezirken unter Leitung der Lokalbehörden vorgenommen werden und von Haus zu Haus, sowie von Haushaltung zu Haushaltung mittels namentlicher Aufzeichnung der zu zählenden Personen erfolgen. Wo mit Zählkarten gezählt wird, muß den für je eine Haushaltung bestimmten Karten eine Namensliste der Personen dieser Haushaltung beigelegt werden. Am 1. Dez. Vormittags sollen die Zählungsfomulare durch die Haushaltungsvorstände bzw. die einzelnen lebenden Personen und die Vorsteher oder Verwalter von Anstalten für gemeinsamen Aufenthalt, wie Asylen, Erziehungs-, Versorgungs-, Kranken-, Strafanstalten, Gefangenissen &c. ausgefüllt werden. Wo dies Versfahren nicht anwendbar ist, sind die Formulare durch die Zähler auszufüllen. Die Ausheilung der Zählungsfomulare an die Haushaltungen hat in den letzten Tagen des November zu erfolgen und die Wiedereinsammlung mit dem 1. Dez. Mittags zu beginnen und überall am 2. Dezember zu endigen. Die Lokalbehörden oder Zählungskommissionen müssen die Formulare alsbald nach Beendigung der Zählung einer genauen Prüfung unterziehen und die erforderlichen Ergänzungen oder Berichtigungen sofort veranlassen. Diese Arbeiten müssen am 20. Dezember beendet sein. Die näheren Anordnungen über die Vornahme der Zählung, die Prüfung und Zusammenstellung der Ergebnisse sind den betreffenden Regierungen überlassen. Zur Zeit der Zählung sollen öffentliche Versammlungen und Feste, Jahrmarkte, Truppenmärsche und Truppenverlegungen, Gerichtsitzungen und andere Veranstaltungen, welche den Stand der ortsanwesenden Bevölkerung vorübergehend wesentlich ändern können, nicht stattfinden. Als anwesend sind diejenigen Personen zu betrachten, welche in der Nacht vom 30. November auf den 1. Dezember in den betreffenden Gemeindebezirken oder Wohnplätzen sich aufzuhalten. Personen, welche in dieser Nacht unterwegs sich befinden, sollen als ortsanwesend verzeichnet werden, wo sie am Vormittag des 1. Dezember anlangen. Zur ortsanwesenden Bevölkerung werden auch diejenigen Personen gerechnet, welche sich an Bord solcher Schiffe befinden, die im Gebiete eines anderen Staates verweilen. Die Zählung der Civil- und Militärpersonen soll in übereinstimmender Weise ausgeführt werden.

Die Resultate der internationalen Fischereiconferenz in London.

Deutschland ist vermöge seiner ausgedehnten Küstenentwicklung mit einem sehr erheblichen Theil seiner materiellen Interessen und seiner lebendigen Volkskraft auf die See und damit auf verständige Pflege der beiden vornehmsten maritimen Berufszweige: Geeschaffart und Fischerei, gewiesen. Es erscheint daher nur in der Ordnung, wenn auf der jetzt in London versammelten gesessenen und soeben auf unbefristete Zeit vertragten internationalen Fischereiconferenz auch Deutschland durch einen sachkundigen Theilnehmer vertreten ist und durch diesen äußerlichen Umstand schon mit hinreichender Deutlichkeit zu erkennen giebt, daß es den Bestrebungen der Conference lebhafte Sympathie entgegenbringt.

Wie wir unlängst an dieser Stelle mitgetheilt haben, ist das Programm der Conference in erster Linie, um nicht zu sagen: ausschließlich, der Lösung eines Problems gewidmet, das eben nur unter verständnisvoller Mitwirkung möglichst aller Seefahrstaaten geregelt werden kann, nämlich dem Schutz der Fischbrut und unreifen Fische, was am sichersten und zweckmäßigsten durch Vereinbarung gewisser international anerkannter und innegehaltener Schonzeiten, dann aber auch unter Bericht auf solche Fangmethoden erreicht werden dürfte, die unterschiedlos den jungen Nachwuchs mit den fang- und gebrauchsreifen Fischen wegnnehmen und sich solchermaßen auch dem Laien als irrational, ja direct als verderblich offenbaren. Leider steht nur zu häufig Unverständ, Schlerdrian, Eigennutz und Verstörungstrieb den gemeinnützigen Bestrebungen auf den in Rede stehenden wie auf so manchen anderen Gebieten hindernd im Wege — man denke beispielsweise an die illoyale Versteilung der deutschen Bemühungen um Hebung der Rheinlachszeit seitens der holländischen Kaufleute — deshalb läßt sich auch noch nicht sagen, ob und inwieweit aus den Berathungen der Londoner Conference ein praktisch brauchbares

Ergebnis hervorgehen werde. Immerhin werden ihre Anregungen nicht ganz und gar einflußlos bleiben, und ganz besonders wird Deutschland an seinem Theile dazu beitragen, daß, wo möglich, für den Betrieb der Hochseefischerei feste internationale Grundsätze aufgestellt werden, welche diesem für die Volksernährung und für die Ausbildung tüchtiger Seeleute unentbehrlichen Gewerbe die natürlichen Voraussetzungen der Ergiebigkeit und damit die Bedingungen eines lohnenden Betriebes dauernd erhalten. Angesichts der stetig intensiveren Anspruchnahme der Nahrungsschäfe des Meeres für den Massenbedarf erscheint bei einer unbedingten Fortdauer der bisherigen Regelflosigkeit der Ausbeutung die allmähliche Entvölkerung der Meeresgewässer, wie dies analoge Ursachen ja auch für zahlreiche Binnengewässer herbeiführten, kaum vermeidlich, während ihre künftige Wiederbevölkerung mit ganz anderen Schwierigkeiten, als im Binnenlande, zu kämpfen haben dürfte.

Unter diesem Gesichtspunkte knüpfen sich, wie man sieht, an den Verlauf der Londoner internationalen Conferenz volkswirtschaftliche Interessen ersten Ranges.

Der Londoner Abrüstungscongress.

An der am 22. Juli in London stattfindenden internationalen parlamentarischen Conferenz über die Abrüstungsfrage beabsichtigen, wie unser Berliner Corrrespondent hört, auch einige Mitglieder der freisinnigen Partei Theil zu nehmen, obgleich auch sie davon überzeugt sind, daß die Verhandlungen fürs erste ein praktisches Ergebnis nicht haben werden.

Deutsch-englische Colonialfragen im englischen Parlamente.

Im englischen Unterhause gab gestern der Unterstaatssekretär des Außenfern Tergusson in Beantwortung einer Anfrage die Erklärung ab, die deutsche Regierung sei bereit, gesetzlich erworbene Concessions im Damara-Land anzukennen. In dem Falle Lewis werde aber die Gültigkeit der Hauptconcession deselben von der deutschen Regierung bestritten, und sei die fragliche Angelegenheit noch unter Erwägung. Eine weitere Anfrage beantwortet erklärte Ferguson, die Regierung habe die Meinung der hauptsächlichsten Handelsgesellschaften und Missionen über das mit Deutschland betreffs Afrikas getroffene Abkommen eingeholt und glaube, daß dasselbe im allgemeinen richtig finde. Es sei der Regierung unmöglich, Präsenzen und Anprüche, die mit billigen Forderungen anderer Nationen unvereinbar seien, zu unterstützen. Er wisse nichts von Vorstellungen jener Gesellschaften und Missionen, welche gegen das getroffene Abkommen gerichtet wären. — Der erste Lord des Schatzes Smith erklärte, die Cap-Regierung habe keinerlei Vorstellungen darüber gemacht, daß die in dem englisch-deutschen Abkommen vorgesehene Abgrenzung der deutschen Sphäre im Damara- und Makololo-Land den britischen Handel nach dem Innern des Landes hin benachtheilige.

Die französische Deputirtenkammer berichtet gestern, wie aus Paris telegraphisch gemeldet wird, den Entwurf eines Zollgeiges für Tunis. Der Abg. Dreyfus teilte dabei mit, daß er anlässlich dieser Vorlage an den Minister des Auswärtigen die Frage richten werde, ob es richtig sei, daß von Barthélémy St. Hilaire im Jahre 1880 mit England und Italien in Bezug auf Tunis geheime Abmachungen getroffen worden seien. Daraufhin erklärte der Minister des Auswärtigen Ribot, daß die Angaben über angebliche geheime Abmachungen vom Jahre 1880 unverdutzt seien. Der Entwurf des Zollgeiges für Tunis selbst, welches die Einfuhr gewisser tunischer Erzeugnisse nach Frankreich begünstigt, wurde mit 479 gegen 24 Stimmen angenommen.

Die Ministerkrise in Spanien ist dem Abschluß nahe; wie es scheint, ist das Schicksal des liberalen Sagasta definitiv entschieden. Er hat selbst der Königin den Rath ertheilt, ein conservativer Ministerium zu bilden; ein Übergangsministerium, sowie ein liberales Ministerium ohne ihn sei unthunlich. Den gleichen Rath ertheilte die Mehrheit der von der Regentin befragten Politiker. Noch ist die Ernennung des neuen Ministeriums nicht erfolgt, aber in allen gutinformierten Kreisen gilt die Berufung Canovas des Cossillo als sicher. Die Conservativen rechneten so fest auf die bald bevorstehende Übernahme der Geschäfte, daß bereits alle Rollen der neuen Regierung vertheilt sind. Der Rücktritt des Ministeriums Sagasta ist den spanischen Gesandtschaften bereits mitgetheilt worden. Madrid verhält sich vollkommen ruhig.

Beim Schluß der Redaktion ging uns hierzu noch folgendes Telegramm zu:

Madrid, 5. Juli. (W. L.) Es verlautet, Canovas del Cossillo werde heute ein liberal-conservatives Cabinet bilden, welches voraussichtlich folgendermassen zusammengesetzt werde: Canovas präsidium, Tetuan Auswärtiges, Villaverde Justiz, Cosgaya Finanzen, Pavia Krieg, Beranger Marine, Fabic Arbeiten, Silvela Inneres, Bustillos Colonien.

Deutschland.

Berlin, 4. Juli. An den wiederholten Besuch des Kaisers in Dänemark werden in Kopenhagen Hoffnungen geknüpft, welche sich auf Nordschleswig beziehen. Was den wiederholten erwähnten Plan einer Heirath des Prinzen Christian mit der Schwester des Kaisers, der Prinzessin Margaretha, betrifft, so

gilt, wie man der „Frankf. Ag.“ schreibt, diese Verbindung in gut unterrichteten Hofkreisen als eine abgemachte Sache, nur wolle man, heißt es, vorläufig mit der Verkündigung der Verlobung warten, weil der Prinz noch zu jung sei.

* [Fürst Bismarcks Reisepläne.] Was das vielfach behandelte Thema der Reise nach England betrifft, so sind zwar, schreiben die „Hamburger Nachrichten“, Bismarcks Organ, vielfache und höchst ehrwolle Einladungen von dort an den Fürsten ergangen, einstweilen hat derselbe indes noch zu viel auf seinen Besitzungen zu thun, als daß er an eine längere Reise ins Ausland denken könnte. Auch ist der Fürst kein Freund von längeren Seefahrten, und zwar nicht etwa, weil er zur See Krankheit disponierte, sondern weil er, wie er oft genug gesprächsweise geäußert hat, jedes Schiff, auf dem er sich länger als einige Stunden aufzuhalten muß, wie ein Gefängnis betrachtet. Wenn der Fürst Friedrichsruh verläßt, so dürfte er sich zunächst nach Schönhausen und von da nach Barby begeben. Alsdann käme ein Aufenthalt in Kissingen oder Gastein in Betracht. Damit würde weniger einem Bedürfnisse des Fürsten als prophylaktischen Gesichtspunkten entsprochen, die ärztliche Seite vertreten werden. Obgleich sich Fürst Bismarck zur Zeit wohler befindet als seit Jahren, bestehen die Ärzte doch auf einem alljährlichen Aufenthalt in einem der genannten beiden Bäder. Es ist eher wahrscheinlich, daß sich an eine solche Badereise weitere Excursionen in Deutschland anschließen als Besuche im Ausland. Uebrigens steht in Bezug hierauf noch nichts fest; es entspricht überhaupt nicht den Gewohnheiten des Fürsten, seine Reisepläne auf Wochen hinaus festzulegen. Jedenfalls entscheiden Neigung und ärztliche Vorschriften in letzter Ehunde.

* [Der frühere Finanzminister Dr. v. Scholz] hat seine Dienstwohnung im Finanzministerium geräumt und ist nach Seehausen bei Konstanz am Bodensee übergesiedelt, wo derselbe eine Besitzung hat. Der Nachfolger, Dr. Miquel, welcher bisher im „Reichshof“ Wohnung genommen hatte, hat nunmehr die Dienstwohnung bezogen.

* [Abg. Dr. Böckel, der zweite Luther.] Herr Böckel ist von seinen Anhängern bekanntlich ein „zweiter Luther“ genannt worden. Dieser Ruhm soll ihm jetzt streitig gemacht werden. Der antisemitische „Reichshof“ läßt sich nämlich aus Langsdorf (Hessen) schreiben: „... Ich habe alte, treue deutsche Leute gehört, welche den Führer unserer Partei als einen zweiten Luther preisen. Den Herrn Redakteur des „Reichshof“ bitte ich dieses Wort stehen zu lassen, denn es entspricht genau der Wahrheit.“ — Herr Abg. Dr. Böckel, der „Führer unserer Partei“ und zugleich Redakteur des „Reichshof“ — hat das Wort stehen lassen, getreu dem Wahlspruch: Bescheidenheit ist eine Tiere, doch weiter kommt man ohne „ihr“.

* [Dem medizinischen Congreß] wird im Auftrage seiner Regierung der Generalarzt der Vereinten Staaten, Hamilton, bewohnen. Er soll zugleich alle europäischen Auswanderhäfen besuchen und über die hygienischen Vorkehrungen, welche daselbst für die Auswanderer getroffen sind, berichten.

* [Wishmanns Besindn.] Wie berechtigt übrigens die Zweite an einer ernsten Erkrankung Wishmanns sind, ergiebt sich aus der Nachricht, daß der letztere etwa 14 Tage in Lauterberg i. H. zu bleiben und dann die längst in Aussicht genommene Reise nach Belgien anzutreten gedenkt.

* [Ein sozialdemokratischer Parteitag] für Sachsen, Anhalt und Thüringen soll im August oder September einberufen werden.

* [Hebammentag.] Noch ein neuer Congreß in Berlin! Am 22. und 23. September wird der „Erste deutsche Hebammentag“ in unseren Mauern veranstaltet sein. Um einem ließgeführten Bedürfnisse abzuhelfen, wird die Versammlung der weisen Frauen u. a. den Antrag erörtern, ob der Name „Hebamme“ nicht in „Geburtsheilner“ umzuändern sei.

L. [Die Schrift: „Vier Wochen Vice-Wachtmeister“] von Curt Abel, welche die Erfahrungen des letzten während einer achtwöchentlichen Übung der Reserve beim Trainbataillon Nr. 15 im Herbst 1889 in Straßburg wiedergibt, ist natürlich gewissen Leuten in hohem Grade unbekannt, und das um so mehr, als anscheinend die Unmöglichkeit vorliegt, Herrn Abel der Erfahrung zu befreidigen. Die „Straßburger Post“ aber hat eine interessante Entdeckung gemacht; nämlich die, daß der Rittmeister, gegen den Herr Abel seine Beschwerde (!) richtet, im Laufe des vergangenen Winters in einer Irrenanstalt gestorben sei. Soll das eine Entschuldigung oder eine Anklage sein?

* [Neubemessung des Contingents der Brennereien.] Der Reichskanzler macht unterm 1. Juli d. J. bekannt, daß der Bundesrat folgenden Beschlüsse gefaßt hat: Die Neubemessung der Jahresmenge Branntwein, welche die einzelnen Brennereien während der nächsten Contingenzperiode zu dem niedrigeren Sache der Verbrauchsabgabe herstellen dürfen, erfolgt

in der Weise, daß

1. für das erste Betriebsjahr 1890/91 a. für die bestehenden Brennereien die seitherigen Contingentsmengen provisorisch zu vier Fünfteltheilen in Kraft bleiben, b. für die neu entstandenen landwirtschaftlichen Brennereien provisorisch entsprechende Contingentsmengen ausgeworben werden;

2. im zweiten Betriebsjahr 1890/91 zugleich die Abweichungen zwischen den provisorischen und den endgültig festgestellten Contingentsmengen ausgeglichen werden, dergestalt, daß die im ersten Betriebsjahr zu dem niedrigeren Verbrauchsabgabezeit etwa zu viel abgebrannten Branntweinmengen von dem Jahresscontingent in Abzug gebracht, die zu wenig abgebrannten Branntweinmengen aber zu diesem Contingent zum Zweck des nachträglichen Abbrennens hinzugeschlagen, beziehungsweise durch Ertheilung von Berechnungsscheinen ausgeglichen werden.

Posen, 4. Juli. Das Rittergut Glomikovo im Kreise Mogilno, welches neulich die Ansiedelungskommission gleichzeitig mit dem Rittergut Orlow von Frhrn. v. Graeve häufig erworben hat, ist nach Meldung des „Aur. Posen.“ an den bisherigen Pächter, Frhrn. v. Czarlinski, unter denselben Bedingungen, unter denen er das Gut von dem Vorbesitzer in Pacht hatte, auf weitere 16 Jahre verpachtet worden. — Wunderbare Art von „Colonisation“!

Frankfurt a. M., 4. Juli. Wie die Abendblätter vernehmen, ist hier ein Comité in Bildung begriffen, um dem Staatsminister Dr. Miquel in Anerkennung seiner großen Verdienste um Frankfurt aus der Mitte der Bürgerlichkeit ein bleibendes Andenken zu überreichen. Das Comité wird demnächst einen Aufruf erlassen. Auch seitens des Magistrats und der Stadtverordneten

wird dem Minister ein Geschenk überreicht werden.

Österreich-Ungarn.

Aktau, 4. Juli. Heute fand unter äußerster zahlreicher Beteiligung der Bevölkerung die Beisetzung der aus Frankreich hierher übergeführten Leiche des Dichters Mickiewicz statt. Auf dem Bahnhofe übergaben die Delegirten den Sarg nebst der Erhumierungsurkunde der Obhut des Landes, worauf Ladislaus Mickiewicz, der Sohn des Dichters, eine Ansprache an den Landmarschall Grafen Tarnowski hielt, die dieser erwiderte. Weitere Gedächtnissreden wurden von dem Landtagsabgeordneten Asnyk und dem Professor Stanislaus Tarnowski gehalten. In der Gruft fand eine kirchliche Feier statt, welche mit einer Weihe des Sarges durch den Cardinal Dunajewski schloß. Die Stadt hat reichen Flaggen- und Wappenschmuck angelegt. In allen galizischen Städten, vornehmlich in Lemberg, wurden gleichfalls Trauerandachten abgehalten. (W. L.)

Pest, 4. Juli. Dem „Nemzet“ wird aus Großstadt gemeldet, die Polizei habe zwei junge Leute als diejenigen ermittelt und verhaftet, welche am 1. d. Jrs. die schwärzgelbe Fahne in Brand gesteckt hatten, die in dem Hotel, wo der zur Prüfung der Cadetten eingetroffene Corps-commandant Reich abgestiegen, ausgehängt war. Da es sich herausstellte, daß es sich hierbei nur um einen in der Trunkenheit verübten Bubenstreit gehandelt hatte, wurden die beiden Verhafteten auf Veranlassung des Militärcommandanten wieder freigelassen. (W. L.)

Frankreich.

Paris, 4. Juli. Der Senat genehmigte heute die von der Deputirtenkammer beschlossenen Sätze auf Mais, Reis und Melassen unverändert und vertrug sich sodann bis nächsten Dienstag. (W. L.)

Paris, 4. Juli. Heute Mittag begann vor dem Justizpolizeigericht die Verhandlung im dem Nihilistenprozeß. Acht Angeklagte waren erschienen. Die Anklage lautete auf unbefugte Erzeugung und Aufbewahrung von Sprengmaschinen. Das heutige Verhör betraf lediglich die Auffindung von Sprengmaschinen. (W. L.)

England.

London, 4. Juli. Das Oberhaus genehmigte in erster Lesung die Abreitung Helgolands. Die zweite Lesung ist auf kommenden Donnerstag angesetzt. (W. L.)

AC. London, 3. Juli. [Die Kaiserin Friedrich] besichtigte gestern das im Auftrage der Königin Victoria gemachte und zur Zeit im Waterloo House ausgestellte Bild des Akademikers Lockhart „Die Jubiläumsfeier in der Westminster-Abtei“. Auch die Bond Street-Galerie, wo Burne Jones’ Gemälde „Das schlafende Mädchen im Walde“ zur Schau hängt, besuchte die Kaiserin.

Spanien.

Madrid, 4. Juli. Nach den letzten Nachrichten werden aus Gaudia 7, aus Venipa 2 und aus Cuatredonda eine Choleraerkrankung gemeldet. Die Anzahl der Todesfälle war sehr gering.

Am 6. Juli: G-A. 3.38 U. 8.30. Danzig, 5. Juli. M.-U. bei Tage.

Weiterausichten für Sonntag, 6. Juli, auf Grund der Berichte der deutschen Gelehrten, und zwar für das nordöstliche Deutschland:

Theils heiter, wärmer, theils stark wolzig mit Regen und frischen bis starken, kühlen Winden.

[Rücktritt des Herrn Oberbürgermeister v. Winter.] Wir haben heute den geehrten Lesern eine Nachricht mitzuteilen, die in allen Kreisen unserer Bürgerschaft und weit darüber hinaus das innigste Bedauern erregen wird: Herr Oberbürgermeister v. Winter hat nach 27½-jähriger, in Danzigs Geschichte dauernd denkwürdiger Tätigkeit an der Spitze unserer Commune sein Amt als Oberbürgermeister niedergelegt.

In einem heute Vormittag dem Vorsitzenden der hiesigen Stadtverordneten - Versammlung zugegangenen herzlichen Schreiben des Herrn v. Winter aus Gelenz erklärt derselbe, daß die Hoffnungen, welche er in Bezug auf Kräftigung seiner Gesundheit an die längere Seereise, den Aufenthalt in der Wüste und den demnächstigen Landaufenthalt in Gelenz geknüpft habe, leider nicht in Erfüllung gegangen seien und er nicht mehr das Maß von Kräften zu bestehen glaube, um die Leitung der hiesigen städtischen Verwaltung wieder übernehmen zu können. Er müsse daher dem ferneren Dienste der von ihm heiß geliebten Stadt Danzig entflagen und die Bitte an die Stadtverordneten-Versammlung richten, möglichst schleunig seine Entlassung genehmigen und seine Pensionirung herbeizuführen zu wollen, wobei er die Hoffnung hege, sich noch persönlich von der Versammlung verabschieden zu können. — Wie wir hören, wird bereits am Donnerstag oder Freitag die Stadtverordneten-Versammlung in dieser Angelegenheit u. einer besonderen Sitzung zusammentreten.

* [Felddienstübungen.] Heute hat die hiesige Garnison dreitägige Felddienstübungen begonnen. Dieselben fanden heute auf dem Terrain Mattern, Glückau, Al. Selpin, Sokoschken, Büssau statt. Am Montag sollen sie auf den Feldmarken von Müggau, Brentau, Nenku und Al. Selpin, am Dienstag in dem Terrain zwischen Neuschottland, Glettka, Oliva fortgesetzt werden.

* [Krankenträger-Uebungen.] Gegenwärtig finden bei der hiesigen Garnison größere Übungen im Krankenträgerdienst statt, zu welchen auch Detachements der in der Provinz stehenden Truppenkörper herangezogen worden sind.

* [Zur Ernte.] In einzelnen Kreisen unserer Provinz ist jetzt die Roggenernte in vollem Gange. Auch in unserer näheren Umgegend wird schon die Saison an die Roggenfelder gelegt. Die Rübenernte ist durchweg beendet, dagegen liegt der Tee noch in großer Menge auf den Feldern.

* [Bahlung der Gehaltszulagen.] Die neuerdings durch das Abgeordnetenhaus gewährten Gehaltszulagen für die Beamten sind bereits teilweise gezahlt, teilweise zur Zahlung angewiesen; namentlich ist dies bei den Beamten der Kreis- und Steuerverwaltung der Fall.

* [Theilung landwirtschaftlicher Verbände.] Der 19. Verbandstag landwirtschaftlicher Genossenschaften in Ostpreußen hat in seiner Versammlung am Mittwoch in Königsberg beschlossen: Die landwirtschaftlichen Genossenschaften Westpreußens schieden aus dem Verbande für

Ost- und Westpreußen aus und überließen dem ostpreußischen Verband den Kassenbestand. Der ostpreußische Verband schied aus dem allgemeinen Verbande deutscher Erwerbs- und Wirtschafts-Genossenschaften aus.

* [Stutbuch für Westpreußen.] Eine gestern im Rothof abgehaltene Versammlung des landwirtschaftlichen Vereins, der auch verschiedene Vertreter anderer landwirtschaftlicher Vereine beinhaltete, beschloß nach einem Vortrag des Herrn Dr. Kuhnke die Einrichtung eines Stutbuchs für Westpreußen im engen Anschluß an dasjenige von Ostpreußen.

* [Offizier-Commando.] Gestern Montag trifft hier ein Commando von 20 Offizieren aus dem Bereich des 1. Armeecorps ein, um einen Informations-Cursus bei der hiesigen Gewehrfabrik zu absolviren. In den nächsten 1½ Jahren werden sich diese Commandos alle 4 Wochen bei den verschiedenen Armeecorps der Reihe nach wiederholen.

* [Beurlaubt.] Der Erste Staatsanwalt Herr Weichert hat einen mehrwöchentlichen Urlaub angetreten und wird während dieser Zeit durch Herrn Staatsanwalt Herrn vertreten werden.

* [Testamentsrichter.] Als Commissarien für die Aufnahme leistungsfähiger Verordnungen und sonstige Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit werden in der Zeit vom 15. Juli bis Ende Dezember d. J. beim hiesigen Amtsgericht die Herren Amtsgerichtsräthe Hake, Saage und Weckwarth fungieren.

* [Bestätigung.] Die Wahl des Predigtamts-Candidaten Herrn Bernhard Stümer aus Greifswald als Pfarrer an der evangelischen Kirche zu Prößnitz (Dioceß Danziger Neuruppin) ist vom Consistorium bestätigt worden. Die Einführung des Herrn Stümer in sein neues Amt wird durch den Herrn Superintendenten Boie bewirkt werden.

* [Festtag.] Unter dem Vorst. des Herrn Landrath Dr. Maurach fand heute Vormittag wieder eine Sitzung des Kreistages des Kreises Danziger Höhe statt, in welcher die Abänderung des unter 8. März beschlossenen Statuts für die zu errichtende Kreisparke auf der Tagesordnung stand. Die Verhandlungen wurden unter Aufschluß der Öffentlichkeit gestern wieder ein fröhliches Fest.

* [Gewürzkapitän.] Nachdem sich das Bedürfnis der öffentlichen Anstellung vereidigter Gewürzkapitäne auf Grund des § 36 der Gewerbeordnung zur Ausführung und Beaufsichtigung der Entlöschungsarbeiten am hiesigen Seepfahrtshafen herausgestellt hat, ist Herr Andreas Dombrowski als Gewürzkapitän und die Herren Hermann Dombrowski, Martin Giegund, Gustav Krüger, Friedrich Deuter, Johannes Altmann und Julius Hagemann sind als Vertreter derselben vom Vorsteheramt der hiesigen Kaufmannschaft gewählt und es sind diese Wahlen von dem Magistrat bestätigt worden.

* [Genossenschaftlicher Verbandsstag.] Am heutigen zweiten Verhandlungstage erstattete zunächst die Vertreter der Genossenschaften Bericht über die Verhältnisse ihrer Vereine und verlangten über verschiedene Bestimmungen des neuen Genossenschaftsgesetzes Aufklärung, die von dem Verbandsdirektor, dem Genossenschaftsanwalt und anderen Mitgliedern der Versammlung erhoben wurde. Im allgemeinen ging aus den Berichten und der detaillierten Debatte hervor, daß die Schwierigkeiten, welche durch das neue Genossenschaftsgesetz verursacht wurden, nicht so bedeutend geweitet sind, als man befürchtet hat, und daß sich mit dem neuen Gesetz ganz gut wird wirtschaften lassen. Namentlich haben die Vereine, welche bisher auch mit Nichtmitgliedern Geschäfte gemacht haben, durch die Bestimmung des neuen Gesetzes, daß Getreide nur an Mitglieder ausgeliefert werden dürfen, keinen Schaden erleitten, da die meisten der mit ihnen in Geschäftsverbindung stehenden Personen nummehr Mitglieder geworden sind. Von Seiten des Anwaltes und des Verbandsdirektors wurde den Vereinen dringend empfohlen, dem Giroverband der deutschen Genossenschaftsbank beizutreten. Die verhältnismäßig geringe Mühe, welche das unentbehrliche Einkommen der Wechselfabrik verursacht, würde durch den großen Vortheil aufgewogen, daß der Verein ein genaues Bild von der Creditfähigkeit seiner Mitglieder gewinne. Auch würde namentlich für Vereine in einem kleineren Orte durch ihre Aufnahme in den Giroverband der Credit der Gewerbetreibenden erhöht, da die Großkaufleute leichter geneigt seien, Wechsel anzunehmen, wenn sie wissen, daß das Incasso derselben ohne Schwierigkeiten und Kosten bewirkt werden können. Einzig steht der Darlehns-Verein Drengeft da, welcher fremde Gelde garnicht benötigt, sondern nur mit eigenem Gelde gewirtschaftet hat. Viele Vereine haben zwar ihre Eintragung nach dem neuen Genossenschaftsgesetze vornehmen lassen und ihrer Firma den Zusatz hinzugefügt: „mit unbeschränkter Haftpflicht“, doch benutzen dieselben aus Sparfamiliensrücksicht vielfach noch die alten Formulare, auf denen dieser Vermerk fehlt. Der Herr Anwalt wies darauf hin, daß ein solches Verfahren geeignet sei, die Vereine zu schützen, ein derartiger Wechsel, wenn er eingeklagt werden sollte, wegen der falschen Firmenangabe von den Gerichten zurückgewiesen werden würde. Erst um 2 Uhr war die Berichterstattung aus den Vereinen beendigt und es trat eine 3-stündige Pause in den Verhandlungen ein.

* [Zur diesjährigen Provinzial-Lehrerversammlung], welche vom 30. Juli bis 1. August in Aulnau findet, sind folgende Vorträge angemeldet: 1. Dieserstag (Ref. Lehrer Göhr II-Danzig); 2. der Unterricht in der deutschen Sprachlehre in der Volksschule (Ref. Seminarlehrer Nowack Marienburg); 3. Unter-Ver einsleben (Ref. Hauptlehrer Rautkalski-Briesen); 4. Was kann die Schule thun, um die Herzen der Jugend zum Widerstand gegen die später an sie herantretenden verderblichen Einflüsse der Socialdemokratie auszurüsten? (Ref. Lehrer Schönwald-Riesenborg); 5. Über Bienehygiene (Ref. der Instructor des Danziger Hauptvereins für Bienehygiene Lehrer Skibbe-Pröschow); 6. Über den Handwerkert-Unterricht (Ref. Lehrer Kogozinski-Thorn). Die beiden letzten Vorträge sind für Abschlußversammlungen, die ersten 4 für die beiden Hauptversammlungen bestimmt.

* [Unfall.] Der Arbeiter Gustav D. von hier wurde gestern auf einem Holzfelde einem Glück holz, in welchem sich ein polnischer Nagel befand, auf den linken Fuß gesetzt und so durch den Nagel verletzt, daß er eine beträchtliche Stichwunde am Fuß erlitt. Er wurde nach dem chirurgischen Lazareth in den Sandgrube geschafft, woselbst seine Aufnahme erfolgte.

* [Leicht erklärt.] Die in der heutigen Morgen-Ausgabe von einem Beobachter aus Neufahrwasser berichtete räthelose „Himmelsercheinung“ dürfte auch ohne Kopfschreiber der Astronomen ihre Erklärung finden. Wie wir hören, sind vorigestern Abend von Seiten der Militär-Verwaltung wieder Proben mit dem elektrischen Scheinwerfer am Seestrande, allerdingen in größerer Entfernung von Neufahrwasser, vorgenommen und dadurch sind wohl zweifellos jene eigenhümlichen Lichtgebilde am Horizont erzeugt worden.

* [Selbstordn.] In letzter Zeit wurde mehrfach darüber, welche Theile von fremden Leuten, theils von ihren Eltern mit Sachen zum Verpfänden nach dem hiesigen städtischen Lehramte geschickt wurden, in den Anlagen vor diesen Gebäuden das Geld unter allerlei Vorspiegelungen abgeschwindelt. Die Polizei, welcher davon Kenntnis gegeben war, vermutete als Thäterin die unverheirathete Emma Herwien, welche bereits vier Mal vorbeikam. Die Nachforschungen über ihren Aufenthaltsort blieben aber erfolglos. Gestern Morgen 4 Uhr, als ein Criminalpolizeibeamter abermals in die vermeintliche Wohnung der A. kam, um die event. Verhaftung vorzunehmen, wurde ihm mitgetheilt, daß die A. sich vergiftet habe und soeben nach dem Lazareth am Orlauerth gebracht wurde. Sie hätte ihr Vergehen eingestanden und wollte nicht ins Jochhaus kommen. Gestern ist sie im Lazareth verstorben, und zwar hat sie die Section ergab, Sattfärre zu sich genommen und sich die Pulsader augerisst.

* [Meister-Äffäre.] Der Arbeiter Karl B. von hier gestorben Abend in der Straße Schleißtanne einen Messerstich in den linken Unterarm, wobei er eine 8 cm lange Schnittwunde erlitt. Der Verletzte begab sich nach dem Lazareth in der Sandgrube, woselbst ihm die Wunde durch Räthe verklebt werden mußte.

[Policeibericht vom 5. Juli.] Verhaftet: 1. Händler wegen Widerandes, 6 Dirnen, 1 Obdachloher. — Gestohlen: 2 Paar langärmelige Stiefel, 1 Wechuhr. — Gefunden: 1 Haushaltsschlüssel, 1 Damenleibriemen, ein Brosche, 1 Spitzfischentuch; abgeholt von der Policei-Direction.

Z. Boppo, 5. Juli. Abermals ist seitens der Postbehörde eine neue Einrichtung getroffen worden, welche dem Publikum willkommen sein wird. Von hier aus werden Briefe in der Richtung nach Danzig und darüber hinaus von 10.30 Vorm. bis 3.20 Nachm. bis jetzt nicht befördert und sie gelangen in Folge dessen oft nicht rechtzeitig mehr in die Hände der Adressaten. Jetzt erfolgt eine Beför

